

Rüsselsheim, den 20.06.2006

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 01.06.2006 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 22. Mai 2006 werden keine Einwände erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

TOP 2 Anträge zur Verweisung:

- a) Antrag der CDU-Fraktion - Kinder- und Jugendarbeit in Berliner Viertel und Eichgrund - Programm Soziale Stadt für die Weiterentwicklung des Berliner Viertels**
- b) Antrag der CDU-Fraktion - Überprüfung der Betriebskosten der städtischen und nicht städtischen Sportstätten**
- c) Antrag der CDU-Fraktion - Professionelles Präsentationssystem im Ratssaal**
- d) Antrag der CDU-Fraktion - Identitätsstiftende Maßnahmen in Rüsselsheim**
- e) Antrag der CDU-Fraktion - Identitätsstiftender Name für unsere Heimatstadt Rüsselsheim**
- f) Antrag der CDU-Fraktion - Identitätsstiftende Maßnahmen durch öffentliche Präsentation alter Maschinen von Opel**
- g) Antrag der CDU-Fraktion - Identitätsstiftende Maßnahmen durch Informationstafeln auf historische Bauwerke oder ein historisches Geschehen**

Die vorliegenden Anträge der Fraktionen werden einstimmig an den Magistrat und die zuständigen Ausschüsse zur weiteren Bearbeitung verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

TOP 3 Fraktion Liste Solidarität/Die Linke - Resolution zu Studiengebühren in Hessen

Es liegt eine Resolution der Fraktion Die Linke zur geplanten Einführung von Studiengebühren der Hessischen Landesregierung vor. Die Fraktion Bü 90/Grüne legt eine Ergänzung zu dieser Resolution vor.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 27 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen und 5 Stimm-Enthaltungen die folgende Resolution zur Einführung von Studiengebühren in Hessen:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim fordert die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, den Beschluss zur Einführung von Studiengebühren aufzugeben.

Die Einführung von Studiengebühren ist nach unserer Auffassung ein Verstoß gegen Artikel 59 der Hessischen Verfassung, in dem Unterrichtsfeldfreiheit an Schulen und Hochschulen festgeschrieben ist. Darin heißt es:

„(1) In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. (...)
(2) Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.“

Mit der Einführung von Studiengebühren wird sich die in den letzten Jahren ohnehin rückläufige Zahl von Studentinnen und Studenten aus Arbeitnehmerhaushalten weiter negativ entwickeln; durch Einführung von Studiengebühren wird die ohnehin schlechte Durchlässigkeit des deutschen Bildungssystems noch mehr eingeschränkt. Davon wären insbesondere auch zahlreiche Rüsselsheimer Jugendliche betroffen. Einen besonderen Härtefall stellen die Studiengebühren auch für die Studentinnen, die nicht aus EU-Ländern stammen und ihre Hochschulreife nicht in Deutschland erworben haben, dar. Diesen jungen Menschen wird der Zugang zusätzlich erschwert, da sie dreimal so hohe Studiengebühren zu entrichten hätten. Dies stellt eine unzulässige Härte dar.

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim unterstützt die Proteste der Betroffenen und erwartet, dass die Landtagsabgeordneten aus der Region im Sinne einer Verhinderung von Studiengebühren aktiv werden.“

TEIL I

TOP 4 Grundsatzbeschluss über die Neuausrichtung der Waldbewirtschaftung im Stadtwald Rüsselsheim DS-Nr. 4/06-11

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig den Grundsatzbeschluss über die Neuausrichtung der Waldbewirtschaftung im Stadtwald Rüsselsheim, gemäß Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Königstädten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

TOP 5 Öffnung des Stadttheaters für ein Netzwerk Jugendkultur

**Antrag Nr. 82 der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Liste
Rüssel vom 9.6.2004
Zwischenbericht vom 2.11.2004
DS-Nr. 7/06-11**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Den Intentionen des Antrages wird gefolgt. Durch verstärkte Kooperationen von Kulturamt, Schulen, Jugendamt und (Jugend)einrichtungen freier Träger soll ein Angebot geschaffen werden, dass in stärkerem Maße jüngere Menschen an das Stadttheater und „Kultur“ heranführt.
2. Die vorgelegte Bestandsaufnahme des aktuellen Angebotes zur „Jugendkultur“ wird zur Kenntnis genommen.
3. Bei dem noch zu erstellenden Kulturprofil werden konzeptionelle Ansätze zur Entwicklung eines Netzwerkes Jugendkultur und zur Öffnung des Stadttheaters mit aufgenommen.
4. Die Entwicklung der Angebote erfolgt im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 0 Enthaltung(en)

TEIL II

**TOP 6 Bebauungsplanverfahren Nr. 143
Bezeichnung: „Wohngebiet Eichengrund“
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs.1 BauGB
Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB und
Unterrichtung der Behörden und TÖB nach § 4 Abs. 1 BauGB
DS-Nr. 5/06-11**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 4 Stimm-Enthaltungen mit der Mehrheit der Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

1. Für den Geltungsbereich in der Gemarkung Rüsselsheim, Flur 9, wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ein Bebauungsplanverfahren aufgestellt. Der Geltungsbereich umfasst das Flurstück 437/2 teilweise (Anlage 1). Der Beschluss ist öffentlich bekannt zu machen.
2. Das Verfahren trägt die Bezeichnung Bebauungsplanverfahren Nr. 143 Bezeichnung „Wohngebiet Eichengrund“.

3. Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung (Anlage 2) sind gemäß § 3 Abs. 1 BauGB möglichst frühzeitig öffentlich darzulegen. Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu unterrichten.
4. Für das Verfahren wird eine Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 4 Enthaltung(en)

**TOP 7 Ausweitung der Rüsselsheimer Fußgängerzonen
Antrag Nr. 132 der Liste Rüssel vom 28.06.2005
DS-Nr. 8/06-11**

Die Fraktion Rüssel zieht den Antrag zurück.

Eine Abstimmung über die DS.-Nr. 8/06-11 entfällt somit.

**TOP 8 Öffentliche Plakatierflächen
Antrag Nr. 138 der Fraktion Liste Solidarität vom 12.09.2005
DS-Nr. 9/06-11**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei 5 Nein-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung mit der Mehrheit der Ja-Stimmen folgenden Beschluss:

Dem Antrag soll nicht gefolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

TOP 9 Anfragen und Mitteilungen

Anfragen der Stadtverordneten werden von den Mitgliedern des Magistrates beantwortet.

Herr Stadtv. Geyer fragt, ob dem Magistrat bekannt ist, dass im Baugebiet „Blauer See“ nächtliche Autorennen stattfinden. Herr Stadtrat Layer teilt mit, dass er Erkundigungen im städtischen Ordnungsamt und bei der Rüsselsheimer Polizei einziehen und eine Antwort nachreichen wird.

Frau Stadtv. Ayboga fragt nach der Zahl der Asylbewerber in Rüsselsheim und aus welchen Ländern sie kommen. Herr Stadtrat Layer sagt eine Antwort zu.